

bunden zu sein. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt: Im US-Kongreß stand eine Debatte über die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel und weiterer Handelsvorteile für China an, und auf dem im Juli stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel in Houston, wo sich insbesondere Japan für westliche Investitionen in China stark machen würde, standen ebenfalls Hilfen für China auf der Tagesordnung (AWSJ, 26.6.90; FT, 26.6.90; IHT, 27. u. 28.6.90; NZZ, 27.6.90).

Möglicherweise führt die Freilassung Fang Lizhis und seiner Frau zu einer Lockerung der seit den Juni-Ereignissen 1989 eingefrorenen Beziehungen zwischen China und den westlichen Ländern. In dem oben erwähnten *Spiegel*-Interview spricht sich auch Fang Lizhi gegen eine Isolierung Chinas aus.

Daß die chinesische Regierung einem ihrer schärfsten Kritiker, den sie zudem noch als Haupträdelführer der Demokratiebewegung von 1989 bezeichnet, die Ausreise genehmigt, ist freilich auch ein innenpolitisches Signal, mit dem die Partei um Vertrauen unter den Intellektuellen und besonders unter den Auslandsstudenten werben will und das ihre Politik der Nachsicht gegenüber den Teilnehmern an den Demonstrationen des letzten Jahres dokumentieren soll. -st-

*(19)

Vorbereitungen für vierte Volkszählung abgeschlossen

Mitte Juni waren die Vorbereitungen für die vierte Volkszählung der VR China, die vom 1. Juli, Null Uhr, bis zum 10. Juli, 24 Uhr, durchgeführt werden soll, im wesentlichen abgeschlossen. Die drei ersten Volkszählungen fanden 1953, 1964 und 1982 statt. Wie von seiten des Staatlichen Statistischen Amtes verlautete, handelt es sich bei der jetzigen Volkszählung um die größte aller Zeiten. Fast 10 Millionen Zähler mußten organisiert werden, und die Kosten betragen einige hundert Millionen Yuan (RMRB, 3.6.90). Die Vorbereitungen, vor allem die Schulung der Zähler, laufen seit über einem Jahr. Wie ein Leitartikel der *Volkszeitung* vom 16. Juni betont, steht und fällt diese Volkszählung mit der Qualität der Registrierung. 7 Millionen Zähler müssen eine Bevölkerung von über 1,1 Milliarden Menschen regi-

strieren. Der Leitartikel appelliert an die Regierungen aller Ebenen, ihre Führung zu verstärken, und an die gesamte Bevölkerung, mitzuarbeiten, um die Volkszählung erfolgreich zu beenden. Dem gleichen Zweck diene eine Rundfunk- und Fernsehansprache des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für das Erziehungswesen, Li Tiejing (abgedruckt in RMRB, 21.6.90).

In zahlreichen Artikeln wird immer wieder auf die Notwendigkeit einer qualitätvollen Arbeit hingewiesen, ein Indiz dafür, daß der letzte Zensus von 1982 mit großen Mängeln behaftet war. Ein Artikel in der *Volkszeitung* vom 28.6. ermahnt vor allem die Basis zu guter Arbeit. Um die Qualität der Zählung zu erhöhen, werden folgende Empfehlungen gegeben: 1. Das Auftreten von Fehlern muß verhindert werden; 2. bereits aufgetretene Fehler müssen verringert werden; 3. die Maximierung von Fehlern muß eingeschränkt werden. Die Vermeidung von Fehlern habe an der Basis zu beginnen. Dabei seien zwei Grundsätze zu beachten: 1. Alle Daten müssen doppelt gezählt werden, um bereits aufgetretene Fehler zu minimieren; 2. die Annahme darf nur nach vorheriger Prüfung erfolgen, um eine Maximierung der Fehler zu verhindern.

Wie der Leiter der Bevölkerungsabteilung des Staatlichen Statistischen Amtes erläuterte, weist die bevorstehende Volkszählung gegenüber den drei vorausgegangenen mehrere Besonderheiten auf, weil sie nicht mehr wie diese unter den Bedingungen der Planwirtschaft, sondern unter den Bedingungen einer relativ entwickelten "sozialistischen geplanten Marktwirtschaft" stattfindet. Als Besonderheiten führt er die folgenden Punkte an:

- Ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung sei in die nichtlandwirtschaftliche Produktion übergewechselt. Die Zahl der Angestellten in Wirtschaftszweigen und Berufen, die eng mit der Marktwirtschaft verbunden sind, hat sich stark erhöht.
- Der Umfang der Wanderbevölkerung hat sich stark erhöht, insbesondere der mobilen Bevölkerung, die vom Lande kommt und in den Städten einer Arbeit nachgeht. Diese Bevölkerungsgruppe soll inzwischen 20 Millionen umfassen.
- Gegenwärtig sieht sich China einem neuen Geburtengipfel gegenüber.

Das Bevölkerungswachstum nimmt immer schneller zu. Ende 1989 soll die Bevölkerung auf dem chinesischen Festland 1,112 Milliarden betragen haben.

- Nach Einführung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft und der Aufhebung des Zuteilungssystems für Baumwolle und andere lebensnotwendige Waren ist die Bereitschaft der Einwohner, sich zu registrieren, deutlich gesunken und die Zahl der nicht in den Haushaltsregistern eingetragenen Personen gestiegen.
- In zahlreichen Dörfern ist die Erscheinung ziemlich verbreitet, daß Geburten über den Plan hinaus erfolgen. Nach Schätzungen soll die Zahl der nicht angemeldeten Babies an die zehn Millionen betragen.
- In allen Teilen der Gesellschaft ist der Informationsbedarf über die Bevölkerung sehr gestiegen. Alle hoffen, bald Informationsmaterial und verlässliche Analysen zu erhalten.

Ziel der bevorstehenden Volkszählung sei es, alle Personen mit der Staatsangehörigkeit der VR China und mit ständigem Wohnsitz innerhalb der Grenzen der VR China zu erfassen. Jeder muß sich an seinem ständigen Wohnsitz registrieren lassen, und jeder kann sich nur an einem Ort registrieren lassen. (RMRB, 4.6.90) -st-

Kultur

*(20)

Erhöhung der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen

Mit Wirkung vom 1. August 1990 an müssen alle Einheiten und Einzelpersonen, die der Produktsteuer, Mehrwertsteuer und Geschäftssteuer unterliegen, eine Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen von 2 Prozent zahlen. Eine entsprechende Neuregelung der "Vorläufigen Bestimmungen über die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen" war vom Staatsrat am 11.5.1990 verfügt und am 7.6.1990 verkündet worden (vgl. RMRB, 14.6.90). Bislang betrug die Ergänzungsabgabe 1 Prozent. Mit diesem Schritt ist die Regierung einer seit Jahren erhobenen Forderung nach Er-

höhung der Erziehungsausgaben nachgekommen. Diese war u.a. Bestandteil des Forderungskataloges der demonstrierenden Studenten im Rahmen der Demokratiebewegung vom April/Mai 1989. st-

*(21)

Bericht der Erziehungskommission über die Schulinspektion 1989

Im Juni 1990 veröffentlichte die Staatliche Erziehungskommission einen offiziellen Bericht über die in der zweiten Jahreshälfte 1989 in 26 Einheiten auf Provinzebene durchgeführte Inspektion aller Grund- und Mittelschulen. Bereits Anfang des Jahres waren Teilergebnisse der Inspektion bekanntgemacht worden (vgl. C.a. 1990/2, Ü 16). Der jetzt veröffentlichte offizielle Bericht ist jedoch ausführlicher und nimmt zu den fünf untersuchten Punkten wie folgt Stellung (vgl. RMRB, GMRB, 24.6.90):

1. **Moralische Erziehung:** Sie ist allgemein verstärkt worden. Als positiv wird herausgestellt, daß in 20 Provinzen, autonomen Gebieten und provinzfremen Städten unter der Führung von Partei und Regierung kleine Führungsgruppen für die Arbeit in bezug auf moralische Erziehung eingerichtet wurden und daß die Erziehungsbehörden auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene durchweg spezielle Organe oder verantwortliche Personen für die moralische Erziehung eingesetzt haben. An allen Grund- und Mittelschulen werde der ideologisch-politische und ideologisch-moralische Unterricht reformiert. Einige Schulen hätten damit begonnen, besonderes Gewicht auf die Erziehung zu körperlicher Arbeit und auf die gesellschaftliche Praxis zu legen; vielerorts und an vielen Schulen sei dies aber noch nicht in ausreichendem Maße der Fall. An den Schulen, wo die Bedeutung der moralischen Erziehung noch nicht voll erkannt worden sei, würden wirksame Maßnahmen für ein gesundes Heranwachsen der Schüler unternommen.

2. **Erhöhung der Erziehungsausgaben und der Lehrergehälter:** Die Politik, die Erziehungsausgaben zu erhöhen, werde im wesentlichen durchgeführt, heißt es in dem Bericht. Real würden die Erziehungsausgaben allerdings sinken. Die angeführten Zahlen sind die gleichen wie in dem Zwischenbericht

vom Februar (vgl. dazu C.a. 1990/2, Ü 16, Punkt 2). Was die Lehrergehälter angeht, so seien diese in unterschiedlichem Maße erhöht worden. In 16 Einheiten auf Provinzebene seien die Gehälter der staatlich finanzierten Lehrer erhöht worden. In Shanghai und Beijing gebe es schon keine *minban*-Lehrer (das sind Lehrer an vom Volk, nicht vom Staat betriebenen Schulen) mehr. Von den restlichen 24 Provinzeinheiten würden die Gehälter der *minban*-Lehrer nur in 10 Einheiten durch staatliche Mittel aufge bessert. Allgemein lägen die Gehälter der Lehrer noch unter dem Durchschnitt der Gehälter, die in den zwölf Branchen in volkseigenen Einheiten gezahlt würden. Außerdem bestünden Probleme in bezug auf die Wohnungssituation, die medizinische Versorgung und die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Kinder der Lehrer. Die Gehälter der *minban*-Lehrer seien zu niedrig und könnten häufig nicht ausgezahlt werden.

3. **Reparatur von Schul- und Klassenräumen:** Zwischen 1980 und 1989 sei der Anteil von in einem gefährlichen Zustand befindlichen Schulgebäuden von 17 auf 4,44 Prozent gesunken. Zugleich aber hätten sich im September 1989 in fünf Provinzeinheiten noch über 70 Prozent der Schulen in einem reparaturbedürftigen Zustand befunden.

4. **Eindämmung der Schulabbruchquote:** Die Abbruchquote an den Grundschulen sei im wesentlichen unter Kontrolle, an der Mittelschulunterstufe sei sie jedoch nach wie vor hoch. Im Schuljahr 1988/89 hätten landesweit in den Städten und Gemeinden (*chengxiang*) durchschnittlich 3,2 Prozent der Grundschüler die Schule abgebrochen, eine Abnahme um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der Schulabbrecher der Mittelschulunterstufe habe im selben Schuljahr 7,3 Prozent betragen, ein Zuwachs von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In 17 der 26 untersuchten Provinzeinheiten habe sich die Zahl derjenigen, die die untere Mittelschule vorzeitig verlassen, gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Gründe für den Schulabbruch seien gesellschaftlicher und familiärer Art, lägen aber auch an der Erziehung selbst. Angesichts dieser Situation gelte es, das Schulpflichtgesetz verstärkt zu propagieren, besonders bei Grundschulern, um ein neues Analphabetentum zu verhindern und die Qualität des Volkes zu erhöhen.

5. **Erhebung unautorisierter Gebühren:** Dieses Problem sei im wesentlichen gelöst. In 23 der 26 untersuchten Provinzeinheiten seien von den Erziehungs-, Finanz- und Preisbehörden gemeinsam Standards und Vorschriften für die Erhebung von Schulgebühren erlassen worden. Allerdings gebe es noch keine wirksamen Maßnahmen gegen die Aufnahme von Schülern außerhalb des Plans und von Wiederholungsschülern für erhöhte Schulgel-

der. Angesichts dieser Gesamtsituation an den Schulen hat die Staatliche Erziehungskommission folgende Vorschläge zur Verbesserung der Schulbildung gemacht:

1. Die moralische Erziehung muß in der Schularbeit an die erste Stelle gesetzt werden. Die Tendenz, einseitig nur die nächst höhere Schulstufe im Auge zu haben und die Erziehung in Moral, Sport und körperlicher Arbeit zu vernachlässigen, muß überwunden werden.
2. Die zentralen Behörden und örtlichen Regierungen sollen der Entwicklung des Erziehungswesens Priorität einräumen und den Anteil der Erziehungsausgaben im Haushalt ständig erhöhen.
3. Die Zentrale ebenso wie die örtlichen Regierungen sollen in jeder Hinsicht die Politik verwirklichen, die Gehälter und die Behandlung der Lehrer zu verbessern. Sie sollen Schritte unternehmen, die Probleme der Lehrer in bezug auf Wohnungssituation, medizinische Versorgung und Beschäftigung der Kinder zu lösen, und sollen schnellstens die Gehaltsrückstände für die *minban*-Lehrer beheben.
4. Die Arbeitsteilung im Schulwesen soll verbessert werden. Ferner soll das Schulwesen entsprechend den Gesetzen verwaltet und mit allen Mitteln die Schulpflicht verwirklicht werden.
5. Ein Erziehungskontrollsystem soll errichtet und gestärkt sowie ein Kontingent von Fachinspektoren für das Erziehungswesen aufgebaut werden, das Kontroll-, Aufsichts-, Begutachtungs- und Führungsfunktionen wahrnehmen soll.

In diesem Forderungskatalog spiegelt sich die seit den Juni-Ereignissen 1989 verschärft praktizierte orthodoxe Erziehungslinie wider. Sie löst die Re-

formlinie der achtziger Jahre ab, die das Schwergewicht auf die Anhebung des Bildungsniveaus insgesamt, auf die Verbesserung der Qualität des Schulwesens und auf Wissensvermittlung gelegt hatte. Die Rückkehr zur orthodoxen Erziehungslinie ist gekennzeichnet durch die Priorität der ideologisch-moralischen Erziehung vor der Wissensvermittlung und die Betonung der Vermittlung praktischer Kenntnisse. Daß die fachliche Kontrolle über die Schulen verstärkt werden soll, ist zu begrüßen, denn besonders auf der untersten Verwaltungsebene krankt das Schulwesen seit Jahrzehnten (auch schon vor 1949) an der mangelnden Schulaufsicht. Allerdings ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Schulinspektoren nunmehr in erster Linie auf die ideologisch-moralische Erziehung konzentrieren, wo es darauf ankäme, das allgemeine Bildungsniveau - und zwar nicht nur der Schüler, sondern auch der Lehrer - anzuheben. st-

*(22)

Stärkere Kontrolle über Erwachsenenbildung

Die Staatliche Erziehungskommission hat angekündigt, daß sie in diesem und im nächsten Jahr ihre Kontrolle über die Erwachsenenbildung verstärken will. Es soll eine Ausrichtung sowohl in bezug auf die Verwaltung als auch in bezug auf die Bildungsgänge durchgeführt werden. Grundsätzlich wird die Erwachsenenbildung als wichtiger Bestandteil des chinesischen Bildungssystems angesehen. Zwischen 1980 und 1989, so wird berichtet, hätten 3,25 Millionen Menschen in diesem Bildungszweig ein Grund- oder Fachstudium absolviert. Es gebe jedoch auch zahlreiche Probleme, z.B. sei bei einigen Schulen die Ideologie nicht einwandfrei, die Kontrolle lasch, und das Niveau sinke. Manche Schulen würden ohne Genehmigung arbeiten, unautorisierte Gebühren erheben und nicht anerkannte Diplome vergeben. Pro Jahr würden etwa 800.000 Diplome ausgestellt, von denen viele jedoch nicht den staatlich festgesetzten Anforderungen entsprächen. Die Staatliche Erziehungskommission fordert nun alle Erziehungsbehörden auf, die staatlichen Vorschriften genau einzuhalten und die Kontrolle zu verschärfen. Auch bei der Aufnahme von Schülern müsse streng nach den staatlichen Vorschrif-

ten verfahren werden. Um die Qualität der Erwachsenenbildung zu verbessern, sollen entsprechende Pläne vorgelegt und Maßnahmen ergriffen werden. (RMRB, 28.6.90)

Offensichtlich hat sich bei den Erwachsenenbildungsinstitutionen in den letzten Jahren ein ziemlicher Wildwuchs eingeschlichen. Viele Schulen werden nur um des Profits willen betrieben und sind nicht in der Lage, das erforderliche Niveau zu halten. -st-

*(23)

Meinungsaustausch zwischen politischer Führung und Wissenschaftlern

Vom 26.-29.Mai 1990 hatten die Partei und Regierung 24 namhafte Wissenschaftler zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Dabei ging es um die zukünftige Entwicklung der Wissenschaft und die Frage, wie die Wissenschaft die Volkswirtschaft beleben könne. Die *Guangming-Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 31.Mai 1990 ausführlich über die Tagung. Danach scheint der politischen Führung in erster Linie daran gelegen gewesen zu sein, den Wissenschaftlern zu versichern, daß auch die dritte Führungsgeneration um Jiang Zemin der Entwicklung der Wissenschaft höchste Priorität beimißt. Jiang Zemin erinnerte daran, daß Deng Xiaoping Wissenschaft und Technik als Produktivkräfte angesehen habe, und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß diese Auffassung weiter bestehen bleibe und daß ohne moderne Wissenschaft und Technik die sozialistische Modernisierung nicht zu bewerkstelligen sei. Mit anderen Worten, die politische Führung wollte bei den offensichtlich wegen der jüngsten politischen Entwicklung beunruhigten Wissenschaftlern um Vertrauen werben.

Die Wissenschaftler ihrerseits nutzten die Gelegenheit, ihre akuten Probleme vorzubringen; genannt wurden die unzureichenden Investitionen im Wissenschaftsbereich, der Mangel an wissenschaftlich-technischem Personal, die unzureichenden Lebensbedingungen der Wissenschaftler sowie die internationale Zusammenarbeit und der Wissenschaftleraustausch. Für alle diese Probleme stellte die politische Führung Verbesserungen in Aussicht. Nicht erwähnt wurde in der *Guangming-Zeitung* das Problem der Aus-

landsstudenten, das der Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* zufolge bei den Gesprächen offenbar eine große Rolle gespielt hat. Die Wissenschaftler drängten darauf, in bezug auf Auslandsstudien keine einschneidenden Änderungen vorzunehmen. Die gegenwärtigen Einschränkungen trügen nicht dazu bei, die Gemüter der Wissenschaftler zu beruhigen. Es müsse alles getan werden, die im Ausland Studierenden in die Heimat zurückzuholen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Reisefreiheit für Auslandsstudenten angesprochen. Jiang Zemin soll versichert haben, daß sich an der Politik gegenüber den Auslandsstudenten nichts ändern werde. (*Wen Wei Po*, 20.6.90, nach SWB, 22.6.90)

Seit dem letzten Sommer versichert die Regierung immer wieder, daß sie an der Politik festhalten wolle, Studenten ins Ausland zu schicken. De facto aber werden die Möglichkeiten für ein Auslandsstudium immer mehr eingeschränkt. Gerade dies aber hat zur Folge, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der im Ausland Studierenden nach China zurückkehrt, so daß man in China schon von einem besorgniserregenden "brain drain" spricht (z.B. auf einer Tagung, die Anfang Juni von der Zeitung *Chinesische Wissenschaftsnachrichten* und dem Politischen Büro der Akademie der Wissenschaften veranstaltet worden war, vgl. XNA, 6.6.90). Dieser wiederum verursacht den akuten Mangel an wissenschaftlich-technischem Personal. In Wissenschaftlerkreisen wird zunehmend über die unzureichende Nachwuchssituation geklagt. So hoben beispielsweise auf einer Tagung in Guangdong Wissenschaftskader hervor, daß die Provinz die ständig wachsenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Modernisierung und der Reform- und Öffnungspolitik mit dem gegenwärtig vorhandenen Kontingent an Wissenschaftlern und Technikern nicht bewältigen könne. Die Zahl der Wissenschaftler sei in den letzten Jahren ständig verringert worden. Das Durchschnittsalter der Wissenschaftler und Techniker, so hieß es, betrage über 50 Jahre, ein deutliches Zeichen für den Mangel an Nachwuchs. Ohne effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage würden alle Unternehmungen der Provinz ernsthaft behindert. (Radio Guangzhou, 29.5.90, nach SWB, 1.6.90)

Hält die chinesische Führung weiter an ihrer derzeit praktizierten ideologischen Einengung der Intellektuellen

fest und gewährt sie diesen nicht mehr geistige Freiheit, aber z.B. auch Reisefreiheit, so wird es ihr schwerlich gelingen, das Vertrauen der Wissenschaftler zurückzugewinnen. Dies aber könnte zu einer ernsthaften Gefährdung des Modernisierungskurses führen. -st-

*(24)

Wissenschaftsplanung fürs nächste Jahrzehnt

Fachleute der Wissenschaftsbehörden haben einen Zehnjahresplan für die wissenschaftlich-technische Entwicklung in China im Zeitraum 1990-2000 aufgestellt. Der Plan soll den Erfordernissen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bis zum Ende dieses Jahrhunderts Rechnung tragen. Ausgehend von dem Ziel, die gesamte nationale Kraft zu stärken und den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben, liegt das Schwergewicht auf der Modernisierung der Produktionstechniken und der Ausrüstung in Industrie und Landwirtschaft. Angesichts der realen Verhältnisse in China sollen vor allem Probleme in den Sektoren Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Transport, Rohmaterialien, Ressourcen, Bevölkerung, Umwelt und Landesverteidigung gelöst werden. Gleichzeitig sollen Durchbrüche in Bezug auf neue Technologien und Grundlagenforschung in Biotechnik, elektronischer Datenverarbeitung, neuen Materialien, Technologie neuer Energien, integrierter Maschinenelektronik, Supraleitfähigkeit und Telekommunikation erzielt und der Abstand zum fortgeschrittenen Weltniveau verringert werden. Bis zum Jahr 2000 soll das Niveau der Produktionstechniken in Chinas wichtigsten Produktionszweigen das Niveau der entwickelten Staaten der achtziger Jahre erreicht haben und die extensive, durch hohe Verschwendung und niedrige Erträge gekennzeichnete Wirtschaft in eine intensive Wirtschaft mit niedrigem Verschwendungsgrad und hohem Erträgen umgewandelt sein. (RMRB, 20.6.90) Zur Verwirklichung dieses Plans sind die Mitarbeit und das Engagement der Wissenschaftler unabdingbare Voraussetzung. Sie zu sichern, dürfte das Hauptproblem für die chinesische Führung sein. -st-

*(25)

Weitere Säuberungen im Kulturbereich

Im Mai-Heft von C.a. wurde ausführlich über Säuberungen im Kulturbereich berichtet. Weitere Säuberungen, die sich in der Zeit zwischen dem 18.5. und 2.6.1990 ereigneten, sind zu ergänzen: Die beiden stellvertretenden Kulturminister Wang Jifu und Ying Ruocheng wurden entlassen und durch Xu Wenbo und Chen Changben ersetzt (RMRB, 13.6.90). Ying Ruocheng hatte sein Amt als stellvertretender Kulturminister 1986 angetreten, als Wang Meng Kulturminister wurde. Er ist ein bekannter Schauspieler und hat auch in zahlreichen Filmen mitgewirkt. In seiner Amtstätigkeit war er für den Bereich Kunst zuständig und hat sich sehr für den Kulturaustausch mit dem Ausland eingesetzt. Auch im Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen kam es zu einer Säuberung. Hier wurde der stellvertretende Minister Chen Haosu entlassen (ebd.). Als Grund für die Entlassungen können nur liberale Anschauungen vermutet werden. -st-

*(26)

Auslandsstudenten zur Rückkehr ermuntert

In China werben höchste Stellen um die Auslandsstudenten, um diese zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Neue Anreize sollen dazu beitragen, die politischen und beruflichen Schwierigkeiten zu beheben, die die Rückkehrer allzuoft in China erwarten. So versicherte Jiang Zemin auf einer nationalen Veranstaltung über Einheitsfrontarbeit, man heiße alle im Ausland studierenden Chinesen, die in die Heimat zurückkehren wollten, herzlich willkommen. Man wende ihnen gegenüber eine Politik der Fürsorge und der Einheit an und werde gegen niemanden vorgehen. Man werde selbst solche Studenten, die Mitglied in reaktionären Organisationen gewesen sind, willkommen heißen, solange sie Reue zeigten und keine gegen China gerichteten Aktivitäten mehr ausübten. Auch Studenten, die kurzfristig zu Besuchszwecken nach China kommen wollten, seien willkommen und würden wieder die Genehmigung zur Ausreise erhalten (RMRB, 15.6.90).

Im gleichen Sinne äußerte sich auch die chinesische Botschaft in Washington. Keiner der Studenten, die im vergangenen Jahr nur an Demonstrationen teilgenommen haben, würde dafür belangt - weder jetzt noch in Zukunft. Alle im Ausland Studierenden seien in China willkommen, man werde für sie sorgen und sie vereinen. Zugleich leugnete ein Sprecher der Botschaft, daß chinesisches Botschaftspersonal chinesische Studenten und Wissenschaftler einschüchtern würde und daß sog. "Schwarze Listen" existierten. Auch wurde von dieser Seite versichert, daß die chinesische Regierung an der Politik festhalten wolle, Studenten und Wissenschaftler zum Studium ins Ausland zu schicken; dies sei ein wichtiger Aspekt der Reform- und Öffnungspolitik und werde sich nicht ändern (XNA, 30.5.90).

Das chinesische Personalministerium hat bekanntgegeben, daß es die Bedingungen für zurückkehrende Auslandsstudenten verbessern wolle, um so Anreize für die Rückkehr zu schaffen (vgl. RMRB, 5.6.90). Das Ministerium habe im April dieses Jahres Regelungen für die Einstellung zurückgekehrter Auslandsstudenten erlassen, die sog. "Methoden zur Regelung der Arbeit zurückgekehrten akademischen Personals, das nicht richtig eingesetzt ist und seine Fachkenntnisse nicht voll entfalten kann". In diesen Regelungen ist festgelegt, daß die Arbeit nach dem Prinzip "persönliche Berufswahl, beiderseitige Auswahl" zu erfolgen habe. "Beiderseitig" heißt, daß die Einheit, von der der betr. Kandidat kommt, und die einstellende Einheit verhandeln und daß das Ergebnis von der jeweils zuständigen Personalbehörde geprüft und gebilligt werden muß und die Formalitäten von dieser erledigt werden müssen. Kommt es bei der Angleichung der Arbeit zu Meinungsverschiedenheiten, können die zuständigen Schiedsorgane für Streitigkeiten bei der Versetzung von Akademikern angerufen werden. Auf diese Weise, so heißt es, hofft man, schrittweise das Problem lösen zu können, daß ein Teil der zurückgekehrten Akademiker nicht richtig eingesetzt ist.

Ein weiterer Grund, der viele chinesische Wissenschaftler von der Rückkehr nach China abhält, sind die unzureichenden Forschungsmittel in China,

die eine Fortführung der Forschungstätigkeit beeinträchtigen oder verhindern. Auch in diesem Punkt betont das Personalministerium, es habe Abhilfe geschaffen. Seit 1985 habe das Finanzministerium jedes Jahr mehrere Millionen Yuan bereitgestellt, um Forschungsaktivitäten zurückgekehrter Akademiker zu unterstützen. Diese Mittel seien in den letzten Jahren ständig erhöht worden. Zur besseren Handhabung der diesbezüglichen Verwaltungsarbeit und der Verbesserung bei der Effektivität der Verwendung der Forschungsmittel habe das Personalministerium im April dieses Jahres die sog. "Vorläufigen Methoden zur Verwaltung der Mittel, die für die Unterstützung förderungswürdiger wissenschaftlich-technischer Aktivitäten von aus dem Ausland zurückgekehrtem akademischen Personal, das nicht dem Erziehungsbereich zugehört, zur Verfügung stehen" erlassen. Diese Methoden regeln die Kategorien der Unterstützung, das Antragsverfahren, die Begutachtung und die Mittelverwendung.

Schließlich gab der Sprecher des Personalministeriums bekannt, daß in diesem Jahr in Dalian und Ningbo Arbeitsvermittlungsstellen für zurückkehrende Auslandsstudenten eingerichtet worden seien. Diese Stellen sollen den Rückkehrern helfen, passende Stellen zu finden.

Die Maßnahmen des Personalministeriums beziehen sich auf Probleme, über die Rückkehrer aus dem Ausland seit Jahren klagen und viele im Ausland Studierende davon abgehalten haben, in die Heimat zurückzukehren. Wenn sich durch diese Maßnahmen die berufliche Lage der zurückgekehrten Akademiker tatsächlich bessern sollte, dann könnte dies für viele einen Anreiz bedeuten, nach China zurückzukehren. Das Hauptproblem seit dem Sommer 1989 dürfte jedoch die politische Repression sein, die die Rückkehrer in China erwartet. Entgegen offiziellen chinesischen Verlautbarungen ist die Zahl der Rückkehrer drastisch zurückgegangen. In dieser Tatsache ist der Grund für die jüngste Initiative der chinesischen Führung zu suchen, die Auslandsstudenten zur Rückkehr nach Hause zu bewegen. Das intensive Werben um die Auslandsstudenten muß als deutliches Anzeichen dafür gewertet werden, das die mangelnde Rückkehrbereitschaft der chinesischen

Auslandsstudenten die chinesische Führung ernsthaft beunruhigt und zu einem akuten Problem für die gesamte chinesische Wissenschafts- und Intellektuellenpolitik geworden ist. Ob die im Ausland Studierenden den offiziellen Versicherungen Glauben schenken werden, niemand, der sich im vergangenen Jahr im Ausland für die Demokratiebewegung engagiert habe, werde bestraft, ist zweifelhaft. -st-

*(27)

Verschärfte Voraussetzungen für Auslandsstudium

Seit der Niederschlagung der Studentenproteste am 4. Juni 1989 sind die Bedingungen für Studienaufenthalte im Ausland ständig verschärft worden (vgl. dazu C.a. 1989/7, Ü 23; 1990/3, Ü 31; 1990/4, Ü 18). Seit Beginn dieses Jahres ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein Auslandsstudium, daß der Kandidat fünf Jahre beruflicher Tätigkeit vorweisen muß, bevor er einen Antrag für ein Studium im Ausland stellen kann (vgl. IHT, 12.2.90). Dies gilt sowohl für Regierungsstipendiaten als auch für Selbstzahler. Von seiten der chinesischen Botschaft in Washington wurde diese Regelung kürzlich bestätigt und folgendermaßen begründet: Chinas Studenten würden aus öffentlichen Mitteln unterstützt, d.h. der Staat zahle das Studium, einschließlich Unterkunft und medizinischer Versorgung. Mit Eintritt in die Hochschule würden die Studenten für ein berufliches Ausbildungsprogramm registriert. Es sei daher notwendig und vernünftig, daß die Studenten nach ihrem Examen dem Land für eine gewisse Zeit - gegenwärtig fünf Jahre - dienen, um den öffentlichen Bedarf an Fachkräften zu decken. (XNA, 30.5.90) Nach den im Juni 1987 erlassenen Bestimmungen für Auslandsstudien galt die fünfjährige berufliche Tätigkeit nur für Gastwissenschaftler, während für Studenten keine und für Postgraduierte Fristen von in der Regel zwei Jahren praktischer Tätigkeit festgelegt waren. -st-

*(28)

Doktoranden- und Magisterausbildung im Lande

Auf einer Sitzung des Komitees für akademische Grade des Staatsrates verkündete Li Peng, daß die Ausbildung von Doktoranden und Magistern

künftig im wesentlichen in China erfolgen soll. Er führte aus, daß das System der Vergabe akademischer Titel inzwischen zehn Jahre bestehe, das Niveau in China hoch sei und das Kontingent der Begutachter für die Verleihung akademischer Titel in bezug auf fachliche Zuständigkeit und Führungskraft umfassend und gut sei. Deshalb sollten von nun an Kandidaten für einen Doktor- oder Magistergrad im wesentlichen im Lande selbst ausgebildet werden. (RMRB, 30.6.90) Diese Ankündigung paßt zu der Politik, die Zahl der Studenten und Postgraduierten, die im Ausland studieren wollen, drastisch einzuschränken. Im vergangenen Jahrzehnt wurden in China zwar zunehmend Postgraduiertenstudien angeboten, doch wurde ein hoher Anteil der Postgraduierten zwecks Erwerb eines akademischen Grades ins Ausland geschickt, zumal Kandidaten solcher Fachrichtungen, die in China noch nicht gut vertreten waren.

Seit Einführung der Regelungen für die Verleihung akademischer Grade im Jahre 1981 sind in China 4.800 Dokortitel und 147.000 Magistertitel verliehen worden. 561 Hochschulen und Universitäten sind berechtigt, den Titel eines Bachelor, 545 den eines Magisters und 238 den eines Doktors zu verleihen (XNA, 26.6.90). -st-

*(29)

Staatsexamen für Praktiker von Akupunktur

In China wird es demnächst ein Staatsexamen für Praktiker der Akupunktur geben, dem sich sowohl Chinesen als auch Ausländer unterziehen können. Das Examen soll die Akupunktur in China und in aller Welt fördern. Kürzlich fand in Beijing eigens eine Arbeitskonferenz über die Qualifizierung von Akupunkturmedizineren statt. Beschlossen wurde, daß künftig zweimal pro Jahr Prüfungen abgehalten würden. Bereits im letzten Jahr wurde unter der staatlichen Behörde für traditionelle chinesische Medizin ein Staatliches Prüfungszentrum für traditionelle chinesische Medizin errichtet, das seinen Sitz an der Beijinger Hochschule für traditionelle chinesische Medizin hat. Derzeit werden dort mit Hilfe von über zwanzig Fachleuten die Prüfungsanforderungen erarbeitet. Geprüft werden Theorie und klinische Praxis. Die erste internationale Prüfung soll

im November stattfinden. Das Zentrum hat bereits eine Vielzahl von Anfragen aus dem In- und Ausland erhalten. In China gibt es drei internationale Ausbildungsstätten für Akupunktur: in Beijing, Shanghai und Nanjing. Dort wurden bisher über 2.000 Akupunkturärzte aus 130 Ländern ausgebildet. -st-

*(30)

Erneute Förderung von Arbeiterliteratur

In jüngster Zeit werden Arbeiterschriftsteller wieder offiziell gefördert, u.a. durch Verleihung von Preisen. So berichtet XNA am 16.6.90, daß eine zunehmende Zahl von Arbeitern in der Provinz Hubei sich in ihrer Freizeit dem Schreiben von Romanen, Gedichten usw. widmet. Im letzten Jahr sollen etwa eine Million Arbeiter an einem Literaturwettbewerb teilgenommen haben. Auch zu anderen künstlerischen Aktivitäten werden die Arbeiter ermuntert. Die Förderung von Amateurschriftstellern und -künstlern war ein Kennzeichen maoistischer Kulturpolitik, war jedoch nach Maos Tod zunehmend zugunsten der Förderung professioneller Schriftsteller und Künstler eingestellt worden. -st-

*(31)

150 Jahre Opiumkrieg: Patriotismus die wichtigste historische Lehre

Am 3.Juni wurde in China auf zahlreichen Veranstaltungen propagandistischen und wissenschaftlichen Charakters des 150. Jahrestages des Opiumkrieges gedacht. An diesem Tag vor 150 Jahren hatte der kaiserliche Oberkommissar in Kanton, Lin Zexu, damit begonnen, große Mengen des von den Engländern trotz Opiumverbots nach China geschmuggelten Opiums zu konfiszieren und zu vernichten, eine Aktion, die den Opiumkrieg auslöste. Die Hauptveranstaltung war von der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes am 3.Juni unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Politischen Konsultativkonferenz Gu Mu organisiert worden. Wichtige Redner auf diesem über 100 Teilnehmer zählenden Symposium waren u.a. Fang Yi und Hu Sheng, beides Vizepräsidenten der Politischen Konsultativkonferenz (vgl. RMRB, XNA, 4.6.90). Zu den weiteren Gedenkveranstaltungen zähl-

ten eine Tagung der Parteischule des ZK der KPCh am 1.6. (vgl. Radio Beijing, 1.6.90, nach SWB, 5.6.90), eine Tagung der Propagandaabteilung des Beijinger Stadtkomitees der KPCh am 3.6., an der über 3.000 Menschen teilnahmen (vgl. RMRB, 4.6.90; XNA, 5.6.90), eine wissenschaftliche Tagung von Universitäten und Forschungsinstituten der Hauptstadt vom 28.-30.5., an der gut vierzig Wissenschaftler teilnahmen (vgl. XNA, 1.6.90), sowie Tagungen in mehreren Provinzen, u.a. in Guangdong, Fujian, Shanghai, Jiangsu (verbunden mit einer Ausstellung über den Opiumkrieg in Nanjing), Shandong (vgl. RMRB, XNA, 5.6.90), Tianjin (RMRB, 6.6.90) und Zhejiang (RMRB, 7.6.90).

Der Gedenktag bot der Partei Gelegenheit, dieses historische Ereignis für propagandistische Zwecke zu nutzen. Es ging darum, den Opiumkrieg gemäß dem orthodoxen Geschichtsverständnis als Beginn der Aggressionen der kapitalistischen und imperialistischen Mächte gegen China zu interpretieren und den aus der Schmach erwachsenen Patriotismus des chinesischen Volkes zu preisen. Aus dem Opiumkrieg soll die historische Lehre gezogen werden, daß China nur dank des Patriotismus des chinesischen Volkes überleben konnte und daß letztlich der Patriotismus nur unter der Führung der KPCh zum Erfolg, d.h. zur Unabhängigkeit des chinesischen Volkes, führen konnte. Diese propagandistischen Ziele sind exemplarisch in dem Leitartikel der *Volkszeitung* vom 3.Juni und in Hu Shengs Vortrag vom 3.Juni (abgedruckt in RMRB, 4.6.90) dokumentiert.

Auffallend ist, daß bei allen Interpretationen des Opiumkrieges und der durch diesen eingeleiteten neueren chinesischen Geschichte eine deutliche anti-imperialistische Note mitschwingt, wie sie im vergangenen Jahrzehnt im allgemeinen nicht mehr üblich war. Insbesondere Hu Sheng (Jahrgang 1911), Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften und ein Historiker, der seit den fünfziger Jahren seinen orthodoxen Ansichten über die moderne chinesische Geschichte treu geblieben ist, nahm ausführlich zu dem Vorgehen der kapitalistischen Mächte in China Stellung. Sein Resümee: Die "zivilisierten" Länder des Westens hätten mit äußerst unzivilisierten und brutalen Methoden gegen China Aggressionen

durchgeführt, dies sei eine nicht zu verdeckende historische Tatsache. In den hundert Jahren seit dem Opiumkrieg habe China nur als Halbkolonie, d.h. als halb unabhängiger Staat Kontakt mit der Welt haben können. Inhalt dieses Kontaktes seien Invasion und Raub Chinas durch den Imperialismus gewesen. Dadurch sei China zu einem armen, schwachen, rückständigen, geteilten und von Kriegsunruhen geschüttelten Land geworden. Die Qing-Dynastie wird als willfähiges Werkzeug in den Händen der Imperialisten, Lin Zexu hingegen als großer Patriot und Nationalheld hingestellt. Dem Imperialismus sei es gelungen, China zu unterdrücken und auszubeuten, aber es sei ihm nicht gelungen, den Widerstandskampf des chinesischen Volkes auszulöschen. Als solche Kämpfe führt Hu Sheng den Taiping- und den Boxeraufstand sowie die Revolution von 1911 an, die alle scheiterten, weil sie nicht vom gesamten Volk getragen worden seien. Erst die Kommunistische Partei habe das ganze Volk mobilisieren können und China 1949 den Sieg gebracht. Unter der Führung der KP sei China ein unabhängiges Land und ein Land mit beginnendem Wohlstand geworden.

Von hieraus wird dann der Bogen zur Gegenwart gespannt und deutlich gemacht, daß China nur unter dem sozialistischen System zu Wohlstand und Macht gelangen könne. Man kann es eine Ironie der Geschichte nennen, daß der Gedenktag an den Opiumkrieg mit dem ersten Jahrestag des 3./4.Juni 1989 zusammenfiel, als die fortschrittlichen Kräfte, die für China Demokratie und Freiheit verlangten, von den Parteiorthodoxen gewaltsam unterdrückt wurden. Im Gegensatz zum Opiumkrieg waren es diesmal nicht die ausländischen Mächte, die die demonstrierenden Chinesen niederschlugen, sondern die eigenen Führung. Die Partei versucht allerdings einen Zusammenhang mit dem Ausland zu konstruieren, so auch Hu Sheng. Eine Handvoll von Leuten, die bürgerliche Liberalisierung propagierten, wollten "den kapitalistischen Weg gehen". Sie hätten ihr Vaterland verraten und sich reaktionären Kräften des Auslands in die Arme geworfen. Eine solche Unterminierung des sozialistischen Systems bedeute Rückschritt und werde auf keinen Fall zugelassen. Was China aus all den bitteren und schwierigen Jahren seit dem Opiumkrieg gelernt

habe, sei der Patriotismus, der das chinesische Volk immer wieder zu hartem Kampf motiviert habe. Lin Zexu habe nationale Würde demonstriert, und auch heute müsse das chinesische Volk nationale Selbstachtung und Nationalstolz beweisen. "Wir können die Geschichte des nationalen Leids in den hundert Jahren nach dem Opiumkrieg und des Kampfes des chinesischen Volkes in dieser Periode nicht vergessen. Der Grund für die Rückschau auf die Vergangenheit ist, daß sie uns anspornt, weiter voranzuschreiten."

Die Implikationen dieser Sichtweise sind klar: Die kapitalistischen ausländischen Mächte werden nicht mehr als Partner, sondern als Gegner gesehen - sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart. Die Äußerungen des Vizepräsidenten der ZK-Parteischule am 1. Juni sind ein beredtes Zeugnis für die propagandistische Ausnutzung des Opiumkrieges in der Gegenwart: "Wir erinnern uns an den Opiumkrieg, um die verbrecherische Invasion Chinas durch die Imperialisten aufzudecken und um unsere Wachsamkeit gegenüber der Strategie der Imperialisten, die friedliche Evolution herbeizuführen, zu erhöhen." (Radio Beijing, 1.6.90, nach SWB, 5.6.90) Aller Voraussicht nach wird die Reminiszenz an den Opiumkrieg den Anstoß dafür geben, daß in der Geschichtsschreibung wieder der Antiimperialismus zum Leitmotiv erhoben wird, nachdem dieser im Jahrzehnt der Reformen bereits als überwunden zu gelten hatte. -st-

*(32)

Angebliches Geheimdokument enthüllt Taktik der Partei gegenüber Auslandsstudenten

Einem Bericht der FEER vom 5.7.90 zufolge hat die in Hongkong erscheinende Zeitschrift *Dangdai* kürzlich ein angeblich durchgesichertes Dokument veröffentlicht, das aus Auszügen von Reden besteht, die auf einem geheimen Treffen führender Sicherheits-, Erziehungs- und Parteikader gehalten wurden. Das Treffen soll der Entwicklung von Strategien bezüglich der Spaltung chinesischer Auslandsstudenten und ihrer Rückgewinnung gedient haben. Interessant ist, daß dem Dokument zufolge davon ausgegangen wird, daß die Mehrzahl der Auslandsstudenten gegen die derzeitige Politik der Partei und Regierung in China einge-

stellt ist. Die auf dem Treffen entwickelte Strategie soll folgenden Inhalt haben: Das Ziel besteht darin, chinesische Dissidenten zu isolieren, bloßzustellen und fertigzumachen; zugleich sollen möglichst viele Auslandsstudenten zurückgewonnen werden. Dabei sollen folgende Untergrundmethoden angewandt werden: Wiederaufbau der Parteiorganisationen an den amerikanischen Universitäten; wo dies nicht möglich ist, sollen kleine Zellen aufgebaut oder Einzelkontakte geknüpft werden; Erlangung der Kontrolle über die Freundschaftsgesellschaften.

In dem Dokument sollen die chinesischen Auslandsstudenten je nach dem Grad ihrer politischen Loyalität in fünf Gruppen eingeteilt sein: 1. Solche, die nach China zurückkehren wollen und Weisungen des chinesischen Botschafts- oder Konsulatspersonals entgegennehmen. Diese Studenten werden nach ihrer Rückkehr nach China in bezug auf Arbeitsplatz und Wohnung bevorzugt. Einige von ihnen sollen ermuntert werden, im Ausland zu bleiben, um dort mit Mitläufern Kontakt aufzunehmen. 2. Solche, die gegen die Politik und Grundsätze der Regierung sind, aber Patrioten sind und nicht offen gegen die Regierung opponieren. 3. Solche, die Dissidentenansichten haben und nicht nach China zurückkehren wollen, die sich jedoch nicht offen an Aktivitäten gegen die Regierung beteiligt haben. Die 2. und 3. Gruppe werden als die größten angesehen und sollen Hauptzielscheibe der Bemühungen der Partei sein. 4. Solche, die an Aktivitäten gegen die Regierung teilgenommen haben. Sie sollen kritisiert, erzogen und gespalten werden. Zu den Maßnahmen gegen sie gehören die Einstellung von Stipendien, die Rückforderung aller Ausgaben, die während des Auslandsstudiums angefallen sind, und die Beschränkung von Auslandsreisen ihrer Angehörigen. 5. "Reaktionäre Elemente", die aktiv Aktivitäten gegen die Regierung planen und organisieren, darunter solche, die um politisches Asyl gebeten haben, im Ausland stationierte Journalisten, die gegen die Partei gerichtete Ansichten propagieren, und Einzelpersonen, die andere ermuntert haben, in Anhörungen des US-Kongresses als Zeugen auszusagen und gegen China gerichtete Informationen weiterzugeben. Schrittweise sollen in dieser Gruppe die Pässe von etwa hundert Dissidenten eingezogen werden. Sie dürfen nicht nach

China zurückkehren, und ihre Angehörigen dürfen nicht ins Ausland reisen. Fünf oder sechs prominente Personen aus dieser Gruppe sollen für Charakterangriffe ausgewählt werden, z.B. der Dissidentenführer Wuer Kaixi.

Unabhängig davon, ob das Dokument echt ist, sind die darin geschilderten Methoden durchaus glaubwürdig. Es ist bekannt, daß das Personal der chinesischen Auslandsvertretungen offiziell beauftragt wurde, die Kontrolle über die Auslandsstudenten zu verstärken, und daß auch manch ein Regierungsstipendiat im Ausland zusätzliche Aufträge hat. Auch die Einteilung der Auslandsstudenten in die verschiedenen Kategorien klingt plausibel. Sie erinnert an die alte Einheitsfronttaktik, nach der die größte Aufmerksamkeit den Mitläufern und Schwankenden zu widmen ist, die für die Sache der Partei gewonnen werden sollen. Jiang Zemin's Versicherung, die Partei wolle gegenüber den Auslandsstudenten eine Politik der Einheit praktizieren, paßt in dieses Schema. -st-

Außenwirtschaft

*(33)

Chinesischer Großauftrag für Boeing

Die Civil Aviation Administration of China (CAAC) bestellte bei der Boeing Commercial Airplane Group 36 Boeing-Maschinen und erwarb Optionen für 36 weitere Maschinen. Der Gesamtwert des Auftrages inklusive der Optionen beträgt ca. 4 Mrd. US\$ und ist somit der größte Auftrag, den die CAAC vergeben hat.

Der Auftrag umfaßt fünf 747-400-Maschinen, eine Maschine vom Typ 747-200 F (ein Frachtflugzeug), vier Maschinen vom Typ 767 S, 13 Maschinen vom Typ 757 S sowie 13 weitere Maschinen vom Typ 737-300 S. Die ersten Flugzeuglieferungen sind nach Angaben von Boeing für das Jahr 1992 vorgesehen. (CD, 2.6.90) -lou-

*(34)

Weitere Erfolge im Satellitengeschäft

Langstreckenraketen hat die Volksrepublik seit 1964, doch dauerte es bis 1984, ehe es einen Satelliten in eine geostationäre Erdumlaufbahn schoß.